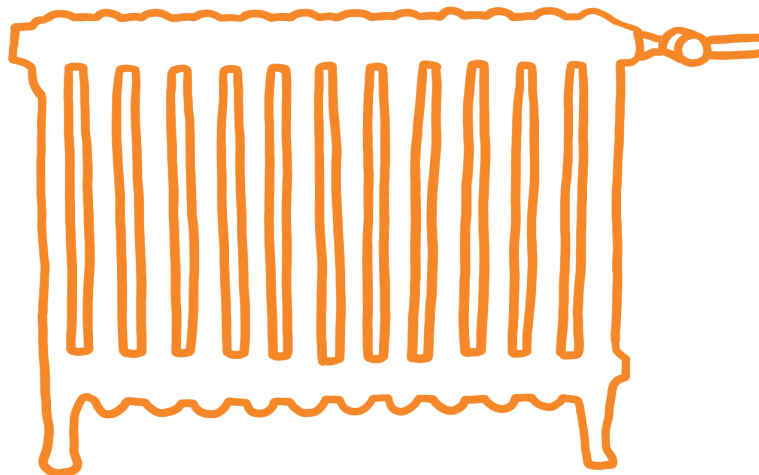
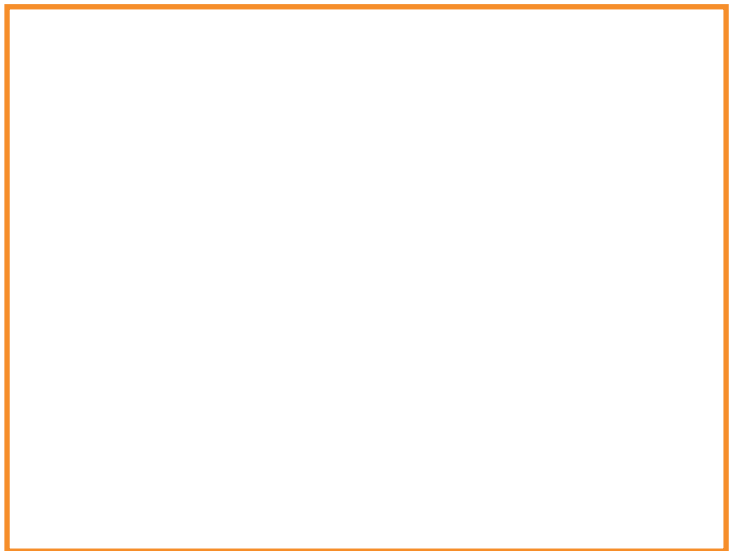


VOR ORT

FÜR VERANSTALTUNGEN,
INFOS ODER ZUM SELBST
AKTIV WERDEN SCHAUT
MAL HIER VORBEI:



GEMEINSAM

DURCH DIE KRISEN

DIE KRISE ALS NORMALZUSTAND
UND MÖGLICHKEITEN GEMEINSAM
BESSER DURCH DEN WINTER ZU
KOMMEN.



[nodiscussion bündnis]

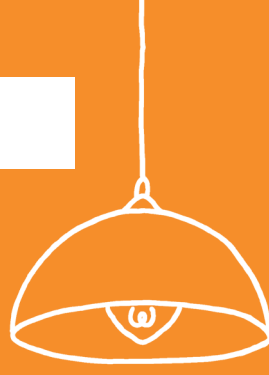
BESSER DURCH DEN WINTER

WIR SAGEN, ES REICHT

Um dem anbrechenden Krisenwinter gut begegnen zu können, müssen wir alle handeln. Wir sollten mit unseren Familien und Freunden über unsere Sorgen, Bedürfnisse und vor allem unsere Wut reden. Wir müssen uns gegenseitig helfen, um solidarisch durch den Winter zu kommen, denn niemand darf gezwungen sein im Kalten zu sitzen oder sich den Einkauf nicht leisten zu können.

Nutzt die sozialen Hilfsangebote bei euch vor Ort! In jeder Stadt gibt es Sozialberatungen, die ihr aufsuchen könnt und die euch in Fragen zur Sicherung des Lebensunterhalts beraten, und weitere niedrigschwellige Hilfsangebote wie z.B. Küchen für alle (Küfas). Diese bieten die Gelegenheit, vielleicht einmal in der Woche nicht zuhause kochen zu müssen und gleichzeitig mit anderen Menschen ins Gespräch zu kommen. Seid außerdem aufmerksam in eurer Nachbarschaft und helft euch untereinander, wenn z.B. die Vermietung stresst, denn wir können Probleme gemeinsam lösen!

Leider reicht es nicht sich gegenseitig zu unterstützen: Es muss sich auch politisch etwas ändern. Und ändern wird sich nur etwas, wenn wir Druck von unten aufbauen! Ein Beispiel zeigte die öffentliche Boykottierung von Stromrechnungen in Italien von der Kampagne Enough is Enough in England, die zehntausende Menschen auf die Straße bringt, um bezahlbare Preise zu fordern. Auch in Deutschland gründeten sich in mehreren Städten linke Bündnisse gegen Preissteigerungen, z.B. unter dem Motto „Genug ist Genug“ oder es bildeten sich lokale Krisennetzwerke, die für die Erfahrungsberichte und die Beteiligung aller Menschen offen sind: Denn wir müssen uns organisieren, angefangen beim gemeinsamen Kochen bis hin zu kraftvollen Streiks. Wir dürfen die Sozialproteste nicht rechten Kräften überlassen, sondern endlich eine Lösung fordern, die eine Umverteilung von oben nach unten und langfristig die Überwindung des Kapitalismus anstrebt!



KRISE ALS NORSMALZUSTAND

DIE INFLATION STEIGT

Das Päckchen Butter für drei Euro, stark gestiegene Spritpreise, plötzlich teures Essen am Imbiss - sie alle wurden in den vergangenen Monaten zu Symbolbildern für eine Rekordinflation, die im November 2022 bei 10 % lag. Die Auswirkungen sind direkt: Für viele von uns wird es immer härter, den entstehenden Mehrkosten bis Ende des Monats notgedrungen standzuhalten. Geschäfte, kleine Unternehmen und Sozialdienste haben angesichts explodierender Gas- und Stromrechnungen auf ähnliche Weisen zu kämpfen.

Die Reaktion der Ampelkoalition: Ein großzügig aufgeplustertes Entlastungspaket, welches komplett außer Acht lässt, wie unterschiedlich hart die Inflation verschiedene Menschen und Haushalte trifft. So bekommt neben der Familie in der Plattenbauwohnung natürlich auch die Familie mit Luxusvilla und beheiztem Pool finanzielle Unterstützung. Für den „ärmeren“ Großteil der Bevölkerung sind die Maßnahmen wohl im besten Fall lindernd, und selbst dies nur temporär, denn die Preise steigen weiter!

MONTAGS AUF DIE STRASSE?

Wie auch in Zeiten der Corona-Pandemie formieren sich in Sachsen-Anhalt seit September 2022 wieder die sogenannten „Montagsspaziergänge“, zu denen u.a. die AfD unter Anführung eines „Wutwinters“ aufrief. Obwohl die „Montagsspaziergänge“ die Preissteigerungen und die Energiekrise thematisieren sollen, nutzen die AfD und andere rechte Kräfte die selbst geschaffene Plattform, um dümmlich und platt gegen einzelne Politiker, geflüchtete Menschen oder gar eine vermeintliche Weltverschwörung zu hetzen, anstatt die Funktionsweise des Kapitalismus aufzuzeigen, die solche Krisen produziert. So sind es aktuell vor allem Spekulationen auf dem Finanzmarkt, welche die Preise steigen lassen und nicht reale Knappheiten, etwa durch Sanktionen. Ein Schulterschluss mit der Rechten kann und wird keine Antwort auf die Krise und die dadurch verstärkte soziale Ungleichheit sein, denn rechte Scheinlösungen zielen stets am eigentlichen Problem vorbei: Der kapitalistischen Wirtschaftsweise.